



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Geplante Kürzungen beim Wohngeld: das falsche Signal

GdW, Mieterbund und Wohnungslosenhilfe warnen vor Kürzungen

19.06.2026

Fachinformation

Der Bund plant Kürzungen beim Wohngeld. GdW-Präsident Axel Gedaschko kommentierte im Vorfeld der Sonder-Bauministerkonferenz in Berlin dazu: "Der Bund darf beim Wohngeld nicht kürzen. Das wäre das falsche Signal." Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) und der Deutsche Mieterbund (DMB) warnten vor Kürzungen. Die Einsparungen würden Haushalte treffen, die am stärksten auf Unterstützung angewiesen seien und vergrößerten die Wohnungsmarktanspannung in Deutschland.

Im Raum steht eine Einsparung von rund einer Milliarde Euro soll im Wohngeld-Etat. Gleichzeitig beziehen etwa 1,24 Millionen Haushalte in Deutschland Wohngeld, im Durchschnitt 287 Euro im Monat.

Der GdW blickt mit großer Sorge auf die Planungen. In einer Phase steigender Wohnkosten, hoher Bau- und Finanzierungskosten und zunehmender sozialer Spannungen wäre eine Schwächung des Wohngelds sozialpolitisch fatal, so der Spitzenverband.

„Das Wohngeld ist eines der wichtigsten Instrumente, um Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zielgenau zu entlasten. Wer hier kürzt, trifft Menschen, die ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen“, sagte **GdW-Präsident Axel Gedaschko**. „Kürzungen beim Wohngeld wären Gift für den sozialen Zusammenhalt.“ Der GdW forderte stattdessen eine verlässliche, auskömmliche und unbürokratische Ausgestaltung des Wohngelds. Steigende Wohnkosten dürften nicht unmittelbar zu sozialer Überforderung führen. Gerade die sozial orientierte Wohnungswirtschaft Sorge mit moderaten Mieten für Stabilität auf angespannten Wohnungsmärkten. Diese Leistung dürfe nicht durch eine Schwächung der sozialen Sicherung konterkariert werden.

BAG W und DMB kommentierten: "Für viele ist diese Leistung die entscheidende Größe, um ihre Wohnung zu halten. Werden die Zuschüsse reduziert, drohen der Verlust der Wohnung und in der Folge Wohnungslosigkeit."

Nach aktuellen Hochrechnungen der BAG W haben in Deutschland mehr als eine Million Menschen keine eigene Wohnung; rund 56.000 leben unter prekären Bedingungen ohne jede Unterkunft auf der Straße.

„Wohnungsverluste sind vor allem für armutsgefährdete Haushalte eine reale Bedrohung“, sagt **Sabine Bösing, Geschäftsführerin der BAG W**. „Kürzungen beim Wohngeld erhöhen dieses Risiko und erweisen sich im Ernstfall als finanzieller Trugschluss: Was der Bund einspart, verlagert sich auf die Kommunen, die für die kostenintensivere Notunterbringung aufkommen müssen und vielerorts bereits überlastet sind. Was mit der Wohngeld-Reform eingespart werden soll, verursacht in der Konsequenz bei Wohnungsverlusten ein Vielfaches an Zusatzkosten.“

„Eine Kürzung des Wohngeldes wäre in Zeiten explodierender Mieten und steigender Wohnkostenbelastung ein sozialpolitischer Rückschritt und ein falsches Signal, da bereits heute Millionen Mieterhaushalte durch die hohen Wohnkosten finanziell überlastet sind. Fast die Hälfte aller Mieterinnen und Mieter mit niedrigen Einkommen geben durchschnittlich 48 Prozent ihres Einkommens nur fürs Wohnen aus, viele sogar bis zu 60 Prozent. Wohngeld ist notwendig, um bezahlbares Wohnen zu sichern und finanzielle Notlagen zu verhindern“, forderte die **Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, Melanie**

Weber-Moritz.

Quellen: GdW; BAG Wohnungslosenhilfe e. V.; Deutscher Mieterbund (DMB)

Vollständige Pressemitteilung Deutscher Mieterbund vom 18.6.2026:

<https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/durch-wohngeldkuerzung-droht-ein-anstieg-der-wohnungslosigkeit/>

Vollständige Pressemitteilung des GdW vom 11.6.2026:

<https://www.gdw.de/pressecenter/pressemeldungen/sonder-bauministerkonferenz-wohnungswirtschaft-fordert-klare-absage-an-verstaatlichungs-experimente-und-wohngeld-kuerzungen-sowie-tempo-bei-bauvereinfachung/>

<https://bbu.de/beitraege/geplante-kuerzungen-beim-wohngeld-das-falsche-signal>